

Deutschland-Gaimersheim: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
OJ S 156/2023 16/08/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Markt Gaimersheim
Postanschrift: Marktplatz 3
Ort: Gaimersheim
NUTS-Code: DE219 Eichstätt
Postleitzahl: 85080
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.gaimersheim.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY68CD/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY68CD>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
Postanschrift: Hoppestraße 7
Ort: Regensburg
NUTS-Code: DE232 Regensburg, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 93049
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabeabteilung
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://prof-rauch-baurecht.de/kanzlei.html>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

TNW_Markt Gaimersheim_Nebau Bauhof_Arch

Referenznummer der Bekanntmachung: 172/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Der Markt Gaimersheim plant den Neubau eines Bauhofs mit Verwaltungs- und Sozialräumen auf einem ehemaligen Ziegeleigelände mit ca. 10.000 m² in Gaimersheim. Der alte Bau-/Recyclinghof im Gewerbegebiet II wurde verkauft. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2025 geplant. Bei einer Bauzeit von 2 Jahren, ist eine Fertigstellung für das Jahr 2027 Frühjahr gewünscht.

Der Markt Gaimersheim hat sich für den Neubau des Bauhofs auf dem ehemaligen Ziegeleigelände, das frei von jeglicher Bebauung und hergerichtet ist, entschieden. Derzeit wird für diesen Bereich ein Bebauungsplan entwickelt, der hier einen Bauhof vorsieht, im Anschluss daran soll ein Lärmschutzwall erfolgen mit nachfolgender Wohnungsbebauung.

Vergeben werden sollen die Architektenleistungen der Leistungsphasen 1 - 9. Als Besondere Leistungen wird die Überwachung der Mängelbeseitigung in Leistungsphase 9 vergeben.

Die Leistungen der Tragwerksplanung, Haustechnik- und Außenanlagenplanung wurden gesondert vergeben.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste, 71251000 Dienstleistungen von Architekturbüros und Bauabnahme, 71210000 Beratungsdienste von Architekten

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE219 Eichstätt

Hauptort der Ausführung: 85080 Gaimersheim Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Markt Gaimersheim plant den Neubau eines Bauhofs mit Verwaltungs- und Sozialräumen auf einem ehemaligen Ziegeleigelände mit ca. 10.000 m² in Gaimersheim. Der alte Bau-/Recyclinghof im Gewerbegebiet II wurde verkauft. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2025 geplant. Bei einer Bauzeit von 2 Jahren, ist eine Fertigstellung für das Jahr 2027 Frühjahr gewünscht.

Der Markt Gaimersheim hat sich für den Neubau des Bauhofs auf dem ehemaligen Ziegeleigelände, das frei von jeglicher Bebauung und hergerichtet ist, entschieden. Derzeit wird für diesen Bereich ein Bebauungsplan entwickelt, der hier einen Bauhof vorsieht, im Anschluss daran soll ein Lärmschutzwall erfolgen mit nachfolgender Wohnungsbebauung.

Nachfolgende Flächen werden benötigt:

- Überdachte Ladezone/Durchfahrt für Werkstätten
- Fahrzeugstellplätze für ca. 25 Fahrzeuge (teilweise als Carports)
- Werkstätten/Lager für folgende Gewerke: Elektro, Wasserversorgung, Maler, Schreiner, Fahrzeuge, Anlagenpflege, Schlosserei, allgemeines Lager
- Waschhalle
- Lager für Fundräder, Lager für Mülltonnen mit Ausgabe für Bürger
- 10 Schüttboxen mit Überdachung
- 7 Schreibtischarbeitsplätze jeweils im Werkstattbereich
- Stellplätze für 3 Salzsilos
- Sozialräume für ca. 25 Bauhofmitarbeiter /-innen mit jeweils Umkleiden und Sanitärbereiche
- Büro für Bauhofleiter und Stellvertretung
- Besprechungsraum für 5-8 Personen

Die Gesamtfläche beträgt 10.000 m².

Im Hinblick auf die zu erbringenden Planungsleistungen hat der Auftraggeber nachfolgend formulierte Zielvorstellungen, deren Erreichen maßgebendes Kriterium für die Vergabeentscheidung gemäß Matrix Stufe 2 ist:

1. Zielvorstellungen des Auftraggebers im Hinblick auf das Nutzungskonzept

Bei dem Bauhof soll es sich in erster Linie um einen Funktionsbau handeln, der den Raumbedürfnissen des Auftraggebers Rechnung trägt und erweiterungsfähig sein soll.

2. Zielvorstellungen des Auftraggebers im Hinblick auf Energieeinsparung und Nachhaltigkeit
Besonderes Augenmerk wird auf eine nachhaltige Bauweise gelegt. Mit einbezogen werden sollen Photovoltaikanlage, Regenwassernutzung und eine ökologische Bauweise bezogen auf die gesamte Nutzungsdauer des Gebäudes.

3. Zielvorstellungen des Auftraggebers im Hinblick auf den Kostenrahmen

Der Kostenrahmen von 10,0 Mio. EUR brutto (KG 200-700) muss eingehalten werden (Kosten-Nutzen-Analyse).

4. Städtebaulicher Rahmen und städtebauliche Zielvorstellungen

Es liegt ein Bebauungsplan vor. Im Anschluss daran soll ein Lärmschutzwall erfolgen mit nachfolgender Wohnungsbebauung.

Nach Auswertung der eingegangenen Bewerbungen werden auf Basis der Bewertungsmatrix Stufe 1 drei Büros, die im Rahmen der Auswertung die höchste Punktzahl erreicht haben, zu Verhandlungsgesprächen geladen und zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Die Verhandlungsgespräche sollen voraussichtlich noch im November stattfinden.

.

.

Im Vorfeld der Verhandlungsgespräche erhalten die Architekturbüros Gelegenheit durch Erarbeitung von Ideenskizzen/Planungsentwürfe zuzüglich einer groben Kostenschätzung, ihre Planvorstellungen zur bestmöglichen Realisierung der oben angegebenen Zielvorstellungen unter Einhaltung der Kostenobergrenze von 10,0 Mio. EUR der Vergabestelle zu präsentieren.

Für diese Leistungen erfolgt gemäß § 77 Abs. 3 VgV für jeden Bieter eine Vergütung i.H.v. 5.000,- EUR netto, wobei hier von einem Zeitaufwand von 50 Stunden ausgegangen wird. Die o.g. Vergütung wird beim beauftragten Planungsbüro auf das Honorar angerechnet.

.

Vergeben werden sollen die Architektenleistungen der Leistungsphasen 1 - 9. Als Besondere Leistungen wird die Überwachung der Mängelbeseitigung in Leistungsphase 9 vergeben. Die Leistungen der Tragwerksplanung, Haustechnik- und Außenanlagenplanung wurden gesondert vergeben.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/03/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Es sind insgesamt max. 500 Punkte erreichbar. Je Gliederungspunkt sind max. die angegebenen Punkte erreichbar. Zwischenpunkte werden nicht vergeben. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit und wenn es dem Auftraggeber objektiv nachvollziehbar nicht möglich ist, den Bewerberkreis anhand der festgelegten Kriterien auf das vorgesehene Maß zu begrenzen, wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Losentscheid gem. § 75 Abs. 6 VgV getroffen.

.

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, einzelne geeignete Bewerber, die im Teilnahmewettbewerb eine Absage erhalten haben, in das Verhandlungsverfahren einzubeziehen, falls Bieter im weiteren Verlauf des Verfahrens von ihrer Teilnahme am Verfahren Abstand nehmen. Der Auftraggeber kann in diesem Fall einzelne geeignete Bewerber zur weiteren Teilnahme am Verhandlungsverfahren "nachnominieren". Die Auswahl der nachnominierten Bewerber bzw. Bieter erfolgt anhand der Auswahlkriterien und richtet sich nach der Rangfolge der Bewertung der Teilnahmeanträge.

.

1.) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Umsatz (netto): Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre beim

Leistungsbild Objektplanung Gebäude + Innenräume

50 Punkte: ab 300.000,- EUR Umsatz / Jahr

30 Punkte: ab 200.000,- EUR Umsatz / Jahr

10 Punkte: ab 100.000,- EUR Umsatz / Jahr

.

2.) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

2.1.) Bürokapazität / Personalstärke, im Mittel der letzten 3 Jahre

50 Punkte: ab 3 Architekten / Ingenieuren

30 Punkte: ab 2 Architekten / Ingenieuren

10 Punkte: ab 1 Architekten / Ingenieuren

.

2.2.) Referenzportfolio Bewerber (Büro): Gebäude aus den Bereichen kommunale

Betriebshöfe, Verwaltungsgebäude, Lagerhallen, Werkstätten, Gewerbe - Industriebauten.

Allgemeine Gebäude mit mindestens den Anforderungen der Honorarzone III

.

Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) im Zeitraum 01.01.2013 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist. [HINWEIS: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen].

.

Die vier besten Referenzen werden gewertet. Die Referenzen werden jeweils anhand nachstehender Kriterien bewertet. Je Kriterium werden die unten aufgelisteten Punktzahlen vergeben. Pro Referenz können somit maximal 100 Punkte erreicht werden. (Entscheidend ist jeweils die höchste erreichbare Punktzahl je Kriterium).

.

Kriterium 1: Art der Aufgabenstellung

- 30 Punkte: Gebäude aus dem Bereich kommunale Bauhöfe/Betriebshöfe

- 25 Punkte: andere Gebäude aus dem Bereich Verwaltung, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, wie z.B. Lagerhallen, Werkstätten, Fertigungsgebäude aus den Bereichen Handwerk oder Industrie

- 20 Punkte: andere Gebäude mit mindestens den Anforderungen der Honorarzone III

.

Kriterium 2: Art der Durchführung

- 20 Punkte: Neubau

- 10 Punkte: Sanierung/Umbauten/ Erweiterungen

.

Kriterium 3: Erfahrung mit Funktionsbauten gemischter Nutzung

- 10 Punkte: Erfahrung vorhanden

- 0 Punkte: keine Erfahrung vorhanden

.

Kriterium 4: Leistungsumfang

- 20 Punkte: mind. 90 % der Leistungen in den Leistungsphasen 2-8 des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude u. Innenräume erbracht

- 10 Punkte: mind. 50 % der Leistungen in den Leistungsphasen 2-8 des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude u. Innenräume erbracht

.

Kriterium 5: Größenordnung

- 20 Punkte: Projektkosten (KG 200-700 brutto) 8,0 Mio. EUR - und mehr
- 10 Punkte: Projektkosten (KG 200-700 brutto) zwischen 5,0 Mio. EUR und 8,0 Mio. EUR
- 5 Punkte: Projektkosten (KG 200-700 brutto) unter 5,0 Mio. EUR

Bei Leistungen, die nicht nach der HOAI erbracht wurden (bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder durch Büros außerhalb Deutschlands), ist darzulegen, dass die erbrachten Leistungen mit denen der HOAI vergleichbar waren.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung:

Stufe 1: Leistungsphasen 1 und 2

Stufe 2: Leistungsphasen 3 und 4

Stufe 3: Leistungsphasen 5, 6 und 7

Stufe 4: Leistungsphasen 8 und 9

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2025 geplant. Bei einer Bauzeit von 2 Jahren, ist eine Fertigstellung für das Jahr 2027 Frühjahr gewünscht. Vorgesehener Termin für die Fertigstellung des Bauvorhabens unter Berücksichtigung der Leistungsphase 9 ist 2032.

Die Leistungen der Tragwerksplanung, Haustechnik- und Außenanlagenplanung wurden gesondert vergeben.

Mit den Vergabeunterlagen wird den Bewerbern ein Bebauungsplan zur Verfügung gestellt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Nachweis zur Berufsausübung des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens oder der Projektleitung ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder Diplomurkunde (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen

oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Nachweis Bauvorlageberechtigung nach Art. 61 Bayerische Bauordnung (BayBO)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung über den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen: Umsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre beim Leistungsbild Objektplanung Gebäude + Innenräume

Bei Bewerbergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzeln anzugeben.

Nachweis auf Verlangen der Vergabestelle durch Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, mit einer Deckungssumme von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall muss die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei einer ARGE muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung ALLER ARGE-Mitglieder vorliegen (Mindestsummen sind von jedem ARGE-Mitglied vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines ARGE-Partners mitversichert ist. Eigenerklärungen diesbezüglich sind vorläufig ausreichend.

Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Der Auftragnehmer / die ARGE ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweise gem. § 46 Abs. 3 VgV; entsprechende Formblätter werden mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

Der Nachweis der fachlichen Qualifikation der tatsächlichen Leistungserbringer im Auftragsfall oder des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder entsprechende Urkunde (Dipl.-Ing.

Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen

oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Eigenerklärungen über:

A.) das jährliche Mittel der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren Beschäftigten (Architekt/-in, Ingenieur/-in, Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung)

B.) Referenzen (Die Angaben sind in den entsprechenden Formblättern "Bewerbungsbogen /Projektdatenblätter" zu machen):

Referenzportfolio Bewerber gesamt (Gebäude aus dem Bereich kommunale Betriebshöfe, Verwaltungsgebäude, Lagerhallen, Werkstätten, Gewerbe - Industriebauten. Allgemeine Gebäude mit mindestens den Anforderungen der Honorarzone III) der letzten 10 Jahre, Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2 genannten Bewerbungsfrist (Hinweis: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen) mit Angaben zu:

- Auftraggeber
- Art der Aufgabenstellung
- Art der Durchführung
- Erfahrung mit Funktionsbauten gemischter Nutzung
- Leistungsumfang: erbrachte Leistungen in den Leistungsphasen 2-8 im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume (Angabe in Prozentpunkten)
- Größenordnung des Projekts: Projektkosten (KG 200-700 brutto)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Referenzprojekte finden nur insoweit Berücksichtigung, als die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit /Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2023 und dem Ablauf der unter IV.2.2.) genannten Bewerbungsfrist stattgefunden hat. Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekten und Ingenieure; Bayerische Bauordnung (BayBO) und Bayerisches Baukammerngesetz (BayBauKaG).

III.2.3.

Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2018/S 054-119766](#)

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 12/09/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder

- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder

- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten

oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

.
Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Einzelbewerber oder Arbeitsgemeinschaft (ARGE), gesamtschuldnerisch haftend mit
bevollmächtigtem Vertreter, Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer ARGE sind
unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener
Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

.
Bewerbungen sind nur und ausschließlich auf den zum Download gestellten
Bewerbungsunterlagen zulässig. Teilnahmeanträge, für die nicht die zum Download gestellten
Bewerbungsunterlagen/-formulare verwendet werden, werden ausgeschlossen.

.
Anfragen, Nachfragen etc. sind AUSSCHLIESSLICH nach der Registrierung über die
Vergabepattform zu stellen.

.
DIE BIETERKOMMUNIKATION ERFOLGT AUSSCHLIESSLICH ÜBER DAS DEUTSCHE
VERGABEPORTAL (DTVP), UM SICHERZUSTELLEN, DASS BIETER UND
VERGABESTELLE ÜBER VERSANDTE NACHRICHTEN AUCH EINE E-MAIL-
BENACHRICHTIGUNG ERHALTEN.

.
Das Formular "Teilnahmeantrag und Bewerbungsunterlagen" ist zwingend einzureichen, fehlt
dieses ist die Bewerbung ganz auszuschließen.

.
Die Bewerbung selbst muss elektronisch über die Vergabepattform über das
herunterzuladende Bietertool unter dem Reiter "Teilnahmeanträge" (NICHT als Nachricht oder
per E-Mail) eingereicht werden. Bei dem Formular "Bewerbungsbogen" inkl. Anlagen handelt
es sich um das Hauptformular der Bewerbungsunterlagen (dieser gilt für den Bewerber bzw.
die ARGE insgesamt). Wenn und soweit die dort gemachten Angaben nicht vollständig oder
falsch sind, geht dies zu Lasten des Bewerbers. Der Auftraggeber behält sich vor, im
Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf
der Bewerbungsfrist (IV.2.2) nicht vorgelegt werden, bis zum Ablauf einer zu bestimmenden
Nachfrist nachzufordern; die Bewerber haben keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber
von dieser Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht. Eine unvollständige Einreichung
führt, wenn die Vergabestelle von der Nachforderungsmöglichkeit nicht Gebrauch macht, oder
eine Nachforderung fruchtlos geblieben ist, zum Ausschluss aus dem Verfahren. Broschüren
und weitere Unterlagen zur Vorstellung des Büros sind ausdrücklich nicht erwünscht und
werden nicht berücksichtigt.

.
Eine Registrierung ist für den Download der Unterlagen nicht erforderlich. Es wird jedoch eine
Registrierung auf der Vergabepattform empfohlen. Sollten Fragen zu den
Bewerbungsunterlagen gestellt werden, so werden die Antworten hierauf in die Plattform
eingestellt werden. Im Falle einer Registrierung bekommt der Bewerber eine Mitteilung
hierüber, auch wenn Unterlagen geändert werden sollten. Ohne diese freiwillige Registrierung
ist der Bewerber selbst dafür verantwortlich, sich zu informieren, ob es Änderungen oder
Antworten gibt.

.
Fragen sind so rechtzeitig (spätestens jedoch 9 Kalendertage vor Fristablauf) zu stellen,
sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine
Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur
Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht
rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der

Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung).

Bekanntmachungs-ID: CXP4YHY68CD

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB), soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

11/08/2023